

Irle, Pia

Abteilung  
Straße und Verkehr

10. Juni 2021

15.06.

4/1 - 1 GL

Vor:  
Gesendet:EINGANG  
BÜRGERMEISTER

An:

Cc:

Betreff:

- 9. Juni 2021

GB

PR

Abt.

INSTITUTE

Sabine Keßler &lt;sabinek71@icloud.com&gt;

Dienstag, 8. Juni 2021 12:09

Bürgermeister, Siegen

Hans Walter Klein

Einwand nach Paragraph 24 SGV.NRW zum Fußgängerüberweg

Freiengründer Straße

GB:

FG-Anschut

der Bitte um

☐ Rücksprache☐ Stellungnahme☒ Antwortschreiben vor Abgang BM z.

die Freigabe der

231 6/21

☐ VNI Robert☒ ER durch Büro BM am

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir, die direkt betroffenen Anlieger der Freiengründer Straße, haben erhebliche Bedenken gegenüber dem angedachten Fußgängerüberweg in Höhe des Hauses Freiengründer Straße 129.

Unsere Bedenken betreffen in erster Linie die Verkehrssicherheit der Schulkinder, die dann zukünftig an dieser Stelle die vielbefahrene L 531 queren sollen. Aus unserer Sicht ohne ausreichenden Schutz.

Dies wollen wir nachstehend im Detail begründen:

1. Bei der angedachten Stelle für den Fußgängerüberweg (FGÜ) handelt es sich um einen Ortseingangsbereich. Nach der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) muss im Bereich des FGÜ die zulässige Geschwindigkeit (hier 50 km/h) zwingend eingehalten werden. Ansonsten sind vor allem in Ortseingangsbereichen geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen vorzusehen. Die angedachte Insel ist wegen der fehlenden Auslenkung und der dadurch zu geringen Dämpfungswirkung nicht als solche anzusehen. Es sind daher latente Gefährdungen durch zu schnell in den Ort fahrende Verkehrsteilnehmer für die querenden Fußgänger zu erwarten.
2. Die Freiengründer Straße verläuft von der Schränke kommend in einer leichten Rechtskurve. Dadurch sind die Sichtverhältnisse auf den FGÜ für den in den Ort fahrenden Verkehr schlecht bzw. nicht ausreichend (vor allem auf die talwärts liegende Wartefläche).
3. Die vorhandene Fahrbahnbreite von 8,10 m reicht für die angedachte Querunginsel nicht aus. Nach der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt) müsste hierfür mindestens eine Breite von 9,00 m zur Verfügung stehen.
4. Die angedachte Fahrbahnbreite von 3,05 m reicht nach der RAST für den vorhandenen Verkehr mit einem hohen Lkw-Anteil ebenfalls nicht aus. Hier müssten nach der Richtlinie mindestens 3,25 m vorhanden sein.
5. Durch die angedachte Insel und die zu schmale Fahrbahnbreite würde vor allem der Lkw-Verkehr dicht an den Gehweg und die vorhandene Bebauung geschoben. Hierdurch wird die Sicherheit der den Gehweg benutzenden Fußgänger in hohem Maß gefährdet. Außerdem wäre der Lkw-Verkehr teilweise gezwungen die Entwässerungsrinnen zu benutzen, was bei Regenwetter problematisch werden könnte.
6. Durch das Heranschieben des Verkehrs in Richtung Bebauung wird die Lärmsituation der Anlieger in hohem Maß negativ beeinflusst.
7. Durch die angedachte Insel wird die Zufahrtssituation zu den anliegenden Grundstücken verschlechtert.

Diese aufgezeigten Gefährdungen und Nachteile für die Anwohner würden bei einer Fußgängerlichtsignalanlage (LSA) an gleicher Stelle so nicht auftreten.

1. Bei einer LSA gibt es keine Forderungen (gemäß der Richtlinie für den Bau von Lichtsignalanlagen RILSA) nach einer zusätzlichen Geschwindigkeitsdämpfung am Ortseingang.
2. Eine LSA ist aufgrund des LED-Lichtes deutlich besser aus der Entfernung wahrzunehmen (Vor allem in der dunklen Jahreszeit).
3. Die Sicherheit für querende Fußgänger ist bei einer LSA (vor allem für Schulkinder) deutlich höher anzusetzen als bei einem FGÜ, da hier die Verkehrsregeln nach der Straßenverkehrsordnung deutlich restriktiver sind. Das würden sicher auch die Eltern so sehen, die den Antrag für ihre Kinder auf den Weg gebracht haben. Für eine zusätzlich Sicherheit an dieser Stelle könnte eine auf 2 Sekunden angehobene Allrotzeit sorgen.
4. Durch den Wegfall der Insel entfallen auch alle diesbezüglichen Sicherheitsdefizite, die negative Lärmsituation und das Spritzwasser-/ Schneematschproblem für die Anwohner.
5. Durch die LED-Technik sind moderne LSA's kaum teurer als FGÜ's, da diese ja nach DIN beleuchtet werden müssen.

Daher bitten wir betroffenen Anlieger darum, diese Querungshilfe als Lichtsignalanlage auszubilden. Diesen Alternativvorschlag hatte die Ausschussvorlage ohnehin schon beinhaltet. Aber im Gegensatz

zur jetzt angedachten Lösung würde die LSA auch auf die Zustimmung der Anwohner (und wahrscheinlich auch auf die der Antragsteller) treffen und wäre, wie oben stehend ausgeführt, auch bei bei weitem die sicherere Lösung für die querenden Schulkinder.

Mit freundlichen Grüßen  
Die Anwohner